

des Vertrages vom 1. Februar 1921... Das Schriftstück ist sehr umfangreich, es unterliegt gegenwärtig der Beschlußfassung des Kabinetts. Ich habe nicht die Absicht, heute schon auf den Inhalt einzugehen. Während die Entscheidung in der Entschlußfrage als endgültig bezeichnet wird, sind die Entscheidungen in der Reparationsfrage derzeit, daß es zunächst Propositionen sind, von denen allerdings mit Nachdruck gesagt wird, daß sie einstimmig angenommen sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter Ende Februar nach London zu senden. Ich bin nicht in der Lage, bevor die Beratungen des Kabinetts abgeschlossen sind, näher auf den Inhalt einzugehen und meinerseits Stellung zu nehmen. Es liegt mir aber außerordentlich daran, daß Sie den von der Regierung und mir persönlich eingenommenen Standpunkt möglichst bald erfahren. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn das hohe Haus beschließen würde, morgen an oberster Stelle die Beratung über die Beschlässe der Pariser Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen, so daß wir in der Lage sind, gleichzeitig hier im hohen Hause und sowohl im Kabinettsrat als im Reichstag wegen der Angelegenheit zu beschließen.

Das hohe Haus hat diese Mitteilungen des Ministers unter lautlosem Schreien an.
Präsident Ebert: Unter dem Eindruck dieser soeben gelesenen Mitteilungen möchte ich Ihnen vorschlagen, die Sitzung jetzt abbrechen. Für den Fall Ihrer Zustimmung möchte ich Ihnen weiter vorschlagen, eine Sitzung abhalten morgen, Dienstag, 1. Februar, nachmittags 4 Uhr mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Falls ich keinen Widerspruch aus dem Hause höre, darf ich annehmen, daß Sie sich meinem Vorschlag anschließen. Schluß 1 Uhr 40 Minuten.

Beratungen des Reichskabinetts und der Fraktionen.

Nach Aufhebung der gestrigen Reichstags-Sitzung fanden während des Nachmittags und Abends eingehende Verhandlungen der Fraktionen über die Pariser Entschlüsse statt. In der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurde insbesondere die Bildung einer nationalen Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Sozialdemokraten, d. h. zweckmäßig auch in der Kabinettsbildung zum Ausdruck zu bringen wäre, zwecks gemeinsamen Widerstandes gegen die Entschlüsse erörtert. Entsprechende Beratungen zwischen den Parteien dürften im Laufe des Dienstag geführt werden.

Der außerordentliche Ernst der Lage ergibt sich schon aus dem Umstand, daß sämtliche Fraktionen des Reichstages bis in die späten Abendstunden geübt haben. Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte bis kurz vor 9 Uhr. Die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse sind noch nicht bekannt. Von zentraler Seite wird u. a. mitgeteilt: Die Forderungen bezüglich der Entwaffnung gehen weit über den Friedensvertrag hinaus. Die Ablieferung und Zerstörung unserer Kriegsmaterialien ist ziemlich weit vorgeschritten; was noch vorhanden ist, sind Waffensätze, aus denen eine Auswahl für die Reichswehr vorgenommen werden sollte. Deutschland hatte bezüglich der obernährischen Eisenwerke darum nachgesucht, daß kein feiner Teil für die Auflösung vorgezogen werde, bevor nicht der Krieg zwischen Polen und Rußland völlig beendet ist. Der jetzt festgesetzte Termin bedeutet ein glattes Hinweggehen über das deutsche Eisen. Die Festung Königsberg mit ihrer langen Landfront soll nur 22 Geschütze behalten, d. h. auf 9 Kilometer ein kleines Geschütz. Das sind die Festungsgeräte wegzunehmen werden, ist eine willkürliche Bestimmung, die im Friedensvertrag keinerlei Unterlagen hat. Die vorhandenen Marinepläne und Karten sind abzuliefern. Der Umbau der Kriegsschiffe in Handelsschiffe ist bis auf ein einziges in Angriff genommen, ebenso die Zerstörung der U-Boote. Die gelieferte Ausrüstung der Armierung entspricht nicht dem Friedensvertrag. Das deutsche Ausrüstungsprogramm, die Armierungen auszuliefern, wenn sie auf Reparationskonto angerechnet werden, ist unbedeutend geblieben. Deutschland hat im Krieg 46 000 Flugzeuge gebaut. 27 000 sind zerstört worden, eine ungenutzte Menge von Flugzeugen ist beim Rückzug und später verloren gegangen; andere große Mengen sind ausgeliefert worden. Obwohl nach dem Friedensvertrag der Neubau von Luftfahrzeugen nur 3 Monate zu unterbrechen hat, verbietet die Entente auch weiterhin den Neubau. Die unabhängigen Stellen sehen in dem jetzt beschlossenen Reparationsprogramm eine Wiederverkehr zu den Umarmungen von Bologna. Es ist einfach unmöglich, daß Deutschland die geforderte Zahlung leisten kann. Wie wir weiter erklären, wird in der Antwort der deutschen Regierung an die Entente darauf hingewiesen werden, daß unser Anspruch auf Befreiung des Schadenersatzes gemäß Artikel 233 nicht erfüllt ist und daß die jetzigen Forderungen etwas ganz anderes sind als das, was wir im Friedensvertrag unterzeichnet haben. Man betrachtet daher die jetzt vorgelegten Forderungen lediglich als einen Vorschlag, zu dem Deutschland Stellung zu nehmen hat.

Sachverständigenkonferenz in Brüssel.

Die Konferenz der Sachverständigen in Brüssel ist am 7. Februar einberufen worden. Die deutschen Delegierten sind gleichfalls geladen. Die Sachverständigen der Alliierten sind bereits mit der Ausarbeitung des Programms für die Beratung beschäftigt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Kochverrat. In Rottweil versuchten verwegene Verlonen ein Fabrikationsgeheimnis der Wulverfabrik Rottweil in das Ausland zu verkaufen. Gegen die Betreffenden ist ein Haftbefehl erlassen worden. Die Akten sind bereits dem Oberreichsanwalt übergeben worden.

Einfuhr von ausländischem Schmalz. Wie die „Voss. Stg.“ erzählt, ist von der zuständigen Stelle die Freigabe der Einfuhr von ausländischem Schmalz endgültig beschlossen worden. Die Freigabe dürfte indessen nicht vor 14 Tagen erfolgen.

Verschiebung des oberhessischen Abstimmungsstages? Wie das „Verl. Tagbl.“ von gut unterrichteter Seite hört, ist eine Verschiebung des Abstimmungsstermins für Oberhessen vom 13. März auf ein späteres Datum wahrscheinlich. Der Termin für die Eintragung in die Listen wird um sechs Tage verlängert.

Um die Arbeitslosigkeit zu mildern, teilt der „Vorwärts“ mit, daß von Vertretern des Gewerkschaftsbundes in einer Besprechung mit Regierungsvertretern darauf hingewiesen wurde, daß im Vordergrund des Interesses die Behebung des Baumarktes stehe, daß ferner Eisenbahn und Post mit anderen Anstalten auftreten und das preußische Landwirtschaftsministerium sofort die Kultur von Moorboden und Dehlandereien in größerem Umfang in Angriff nehmen müsse. Die Besprechung ergab, daß bisher ungefähre ein Aufwand von 2 1/2 Milliarden Mark aus Mitteln des Reiches, der Freistaaten und der Gemeinden verwendet worden sei.

Der Haupthaushalt des Reiches. Im Reichstag führte Ministerialdirektor Sachs zum Haupthaushalt des Reiches, daß der ursprüngliche Etatsentwurf mit 92,5 Milliarden abschloß. Im ordentlichen Haushalt hielt er mit 39 Milliarden in Einnahme und Ausgabe das Gleichgewicht, während beim außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 49 Milliarden vorhanden war. Dieser vermehrte sich unter Eingerechnung des Fehlbetrages bei Post und Eisenbahnen um weitere achtzig Milliarden, so daß es sich insgesamt um einen Fehlbetrag von 87 Milliarden handelte. Die

Annahme des 1920 betragen eine weitere beträchtliche Verschlechterung der Finanzlage, durch die die Summe der ungedeckten Ausgaben des Reiches für das Rechnungsjahr 1920 auf rund 70 Milliarden angewachsen sind. Nach dem Grundsatzgesetz hat sich die Gesamtsumme der jährlichen Leistungen zur Ausführung des Friedensvertrages schon jetzt auf 42,5 Milliarden Mark gehöhert. Allein die laufenden Kosten für die internationalisierte Eisenbahnkommission, die bisher mit 20 Millionen schon sehr hoch ausgemessen waren, haben sich um weitere 35 Millionen Mark erhöht, betragen also jährlich die in ihrer Höhe kaum bezweifelbare Summe von 115 Millionen Mark. Zu seinen Anträgen über den Grundsatzgesetz führte Ministerialdirektor Sachs aus, daß der ungedeckte Fehlbetrag von 70 Milliarden mit allen Mitteln finanziert und möglichst rascher Beschränkung der Ausgaben vermindert werden müsse. Der Augenblick sei da, wo mit der immer wieder verdrängten Einschränkung der Verwaltungsausgaben Ernst gemacht werden müsse. Ob das, was zur Ausführung des Friedensvertrages weiter von uns gefordert werde, unserer Leistungsfähigkeit überhaupt noch entspreche, werde sich in absehbarer Zeit zeigen. Am Einsetzen seien durch die Grundsatzgesetz weitere Kreditverpflichtungen im Betrag von 8,4 Milliarden notwendig, darunter für die Eisenbahnverwaltung 1,8 Milliarden. Den Fehlbetrag bei der Post- und Telegraphenverwaltung wolle die Verwaltung einwirken auf verlässlichen Mitteln decken, im wesentlichen auf dem Postdienst. Ohne Erörterung wurde darauf der Hauptetat angenommen.

Der amerikanische Oberkommandierende im besetzten rheinischen Gebiet ersuchte sich. Im Auftrag des Generals Allen, Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, erschien bei dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete dessen Vertreter Oberst Stone und erklärte, daß der General sich hierdurch formell bei der deutschen Reichs- und der bairischen Landesregierung entschuldigen wolle wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten verübten Verhaftung eines Deutschen. Amerikaner Vergeltung auf bairischem Gebiet. Der General habe zu diesem Unternehmen, welches er sehr bedauere, keinen Auftrag gegeben und dasselbe nicht gebilligt. Der Auftrag zur Verhaftung des Verhafteten sei von seinem unbedenklichen Provisorialmarschall in Koblenz gegeben worden, der geglaubt habe, daß Verhaftung in der französischen Zone des besetzten Gebietes sich anhalte.

Neue Krise unter den englischen Bergarbeitern. Nach einer Privatmitteilung des „Echo de Paris“ aus London droht eine neue Krise unter den Bergarbeitern. Als Grund sieht der Berichterstatter des Blattes den Niedrigstand der Produktion infolge der Herabsetzung der Exportpreise. Die Verluste, welche die Kohlenindustrie erleidet, werden auf 2 Millionen Pfund Sterling die Woche geschätzt. Die Kohlenindustriellen erklären, daß eine Herabsetzung des Bergarbeiterlohnes, um etwa 25 Schilling die Woche, dringend nötig sei.

Verliches und Sächsisches.

Miesla, den 1. Februar 1921.
Das Ergebnis der diesigen Stadtverordnetenwahl. Gestern Abend fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Wahlkommissars, Herrn Stadtrat Kern, eine Sitzung des Wahlkommissars zur Ermittlung des Ergebnisses der am Sonntag vorgenommenen Stadtverordnetenwahl statt. Es wurde festgestellt, daß insgesamt 6479 gültige und 11 ungültige Stimmen abgegeben worden sind. Die gültigen Stimmen verteilten sich auf die einzelnen Wahlvorstände wie folgt: Liste Wende 1564 Stimmen, Liste Winkler 1468 Stimmen, Liste Schönborn 2074 Stimmen, Liste Weller 1278 Stimmen, Liste Diekmann 97 Stimmen. Auf die verbundenen Listen Wende-Winkler entfielen 9 Sitze, auf die verbundenen Listen Schönborn-Weller 11 Sitze, auf die Liste Diekmann ein Sitz. Von den 9 auf die verbundenen Listen Wende-Winkler entfallenden Sitzen erhält die Liste Wende (bürgerlich) 5, die Liste Winkler (bürgerlich) 4, von den 11 auf die verbundenen Listen Schönborn-Weller entfallenden Sitzen erhält die Liste Schönborn (Soz.) 7, die Liste Weller (Unabh. Soz.) 4. Die Namen der Gewählten haben wir bereits gestern veröffentlicht. Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses hat demnach an den von uns gestern gemachten Angaben über die Zusammenlegung des neuen Kollegiums (9 bürgerliche, 11 sozialistische Vertreter) nichts geändert.

Opernaufführung im Hotel Döbner am Mittwochabend. Sittliche Baurerzähler. Der Inhalt dieses Einakters läuft dem des „Palazzo“ parallel. Ein junger Bauer, Turiddu, von seiner Soldatendienstzeit entlassen, hat ein Verhältnis mit Santuzza (Gerta Warby) von der Staatsoper wird sie singen) angeknüpft. Sein Herz kehrt sich jedoch seiner Jugendlieblichen, Lola, wieder zu, die zwar verheiratet ist, mit der er trotzdem zur Kirche geht. „Du sollst mir blutige Othello sein“, ruft ihm die verweirte Santuzza nach. Lola's Mann erklärt von Santuzza alles und beschließt in seiner grenzenlosen Eifersucht den Tod des Nebenbuhlers. Im Messerkampf (nach echt italienischer Sitte) muß Turiddu erliegen und mit dem Aufsteig Turiddu ist tot“ schließt die Oper grell ab. Der Besuch dieser beiden Musikdramen ist jedem nur zu empfehlen.

Künstlerische Schaubühne. Die Nachtrage nach Mieslarten zu den bevorstehenden 8 Aufführungen der Künstlerischen Schaubühne ist so reg, daß allabendlich mit ausverkauften Hause gerechnet werden darf. Die Aufführungen beginnen Sonntag, den 6. d. M. im Hotel Döbner. Die Schaubühne verfügt über eine eigene Bühne mit prächtiger Ausstattung und effektvoller Beleuchtungsanlage, die insgesamt selbst in großstädtlichen Theatern sucht. Dem darstellenden Personal gehören wieder an: Dir. Magnus René, Frau Franziska René-Gilbert, Robert Zimmermann, Hilde Reppel, Adrienne v. Bregmann, Anna Lettenborn, Charlotte Friedrich, Otto Othter, Max Föhnig, Arthur Wetzalch, Julius Niedmüller, Reinhold Thomas, Carl Zimmermann. Von Interesse dürfte es sein, daß verschiedene Aufführungen in Miesla der Dramaturg des Landestheaters zu Dresden Dr. Wolf, Professor Ottomar Enking und Dr. Felix Zimmermann, die Herren des künstlerischen Beirates, und Hofrat Schambach, der Vorsitzende des Sächsl. Künstlerbundes, bewohnen werden. Die Ortsgruppe Miesla des Sächsl. Künstlerbundes umfaßt 4. St. 84 Einzelmitglieder (Jahresbeitrag 10 M.) und 3 korporative Mitglieder (Jahresbeitrag 300 M.), das sind Mieslaer Vereine, die für sich wieder ca. 1800 Mitglieder umfassen. Allen denen stehen Eintrittskarten zum ermäßigten Preise gegen Vorgelegung eines Mitgliedsausweises in der Buchhandlung Hoffmann zur Verfügung. Der Vorstand des Sächsl. Künstlerbundes erwägt zur Zeit, ob nicht noch andere künstlerisch volkswirtschaftliche Veranstaltungen in Miesla in den nächsten Monaten angestrebt sind, damit die Mitglieder des Sächsl. leben, daß sie nicht bloß bei den Theaterbesuchen, sondern auch bei anderen Unternehmungen des Sächsl. Vorwortspreise genießen. Anmeldungen zur Mitgliedschaft im Sächsl. nimmt der Gruppenvorsitzende Oberlehrer Schambach, Hauptstr. 20, Tel. 162, entgegen.

Aus dem Jahresbericht des Freim. Rettungskorps ist folgendes zu berichten: Im Laufe des vergangenen Jahres wurde die Wehr neunmal in größerem und kleineren Bränden gerufen, einmal in der Ortsgruppe nach auswärts. Beim Hochwasser ist das Korps dreimal zur Hilfeleistung gerufen worden. Bei all diesen Gelegenheiten ist das Freim. Rettungskorps dank seiner vortrefflichen Ausrüstung stets mit Erfolg tätig gewesen. Leistungen haben stattgefunden zwei Führer, eine

und dreifach genommen drei einzelnen Jahre. Der Winter löschungsdruck hielt zwei Stunden ab. Außerdem haben das Korps an zwei Führer-Übungen im Bezirk und zwei Führer-Verksammlungen im Bezirk teil. Desgleichen sind die Verbandstage bestritten worden, ebenso die Jubiläumsvon Nachbargemeinden. In Baden sind gestellt worden 100 Theaterwagen mit 248 Mann, 1 Brandwache mit 2 Mann. Die Wehrfeuerwachen wurden im vergangenen Jahre durch 3 Mann besetzt. Am Schluß des Jahres hat das Rettungskorps einen Bestand von 78 Kameraden, eine Stärke, welche bisher nicht erreicht wurde; abgezogen sind 8 neu hinzugekommene 18. Außerdem sind dem Korps 5 Ehrenmitglieber und ein Altersmitglied angedr. Vom Stadtrat wird dem Korps mit Anfang dieses Jahres eine neue Feuerlösch-Ordnung gegeben, die auch wieder die Belegung einer Branddirektorstelle vorsieht. Die Führung liegt in den Händen des Herrn Gustav Pecher als Kommandant und Herrn Paul Schumann als Stellvertreter. n. a.

Wichtig für Oberlehrer! Nach einer soeben bekannt gewordenen Entscheidung der Internationalen Kommission müssen diejenigen Abstammungsberechtigten, die in ihrem Verzeichnis im Eintragsbuch in die Liste der Abstammungsberechtigten nur einen oder keinen Namen angeben haben, ihre Identität durch einen Vermerk auszuweisen oder das, auch wenn diese u. B. wegen Zeitablaufs an sich nicht mehr gültig sind, nachweisen. Die hier ausstehenden Abstammungsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich den erforderlichen Vermerk auszuweisen von der Gemeindebehörde des Wohnortes oder Amtshauptmannschaft zu verschaffen. Erforderlich ist das persönliche Erscheinen des Abstammungsberechtigten, ein Lichtbild, die Vorlegung des Einwohnerzeichens und des Familien Stammbuches oder der Geburts- oder der Heiratsurkunde.

Starke Tätigkeit der Kommunisten im Parlament. Die kommunistische Fraktion des Landtages hat neuerdings zwei Anfragen an die Regierung gerichtet: „Welche Gründe haben die Regierung veranlaßt, den im Braunschweigerverein Borna und Meuselwitz bewohnten auswärtigen wohnenden Arbeitern die Beihilfe aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung zu streichen? (Zur Deckung des Fabriklohn- und doppelter Hauszins?) Ist die Regierung bereit, einen Druck auf die Grundbesitzer auszuüben, um sie zur Zahlung dieser Beihilfen zu veranlassen?“ „Den am Bahnbau Bureau-Altenburg beschäftigten Arbeitern soll der bisherige Stundenlohn von 6,05 M. auf 4,75 M. gekürzt werden mit der Begründung, daß künftig die Arbeit auf Konto der produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgeführt werden soll und deshalb der Kostendruck in Kraft treten müsse. Was bedeutet die Regierung zu tun, um auch weiterhin den betreffenden Arbeitern ihren bisherigen Lohn zu gewährleisten?“

Erhöhung der Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Mit Rücksicht auf die Verteuerung der Lebenshaltung war das Wirtschaftsministerium genötigt, die Gebühren für die Schlachtvieh- und Fleischbeschau zeitgemäß zu erhöhen. Die Sätze sind aus dem 1. Stück des Sächsl. Gesetzblattes von 1921 zu ersehen, das in diesen Tagen erscheint.

Kunstbonia ist billiger geworden. Vom Landespreisamt wird mitgeteilt: Der Kleinhandelsfußpreis für Kunstbonia ist von M. 7,80 auf M. 4,70 für das Pfund herabgesetzt worden. Das Publikum wird gebeten, bei der Kontrolle der Preise mitzuwirken und Höchstpreisüberschreitungen anzuzeigen.

Birna. Bei der am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl erhielten die Wehrsozialisten 8, die Unabhängigen 10, die Liste der Kriegsberechtigten 1, die Demokraten 4, die Kommunisten 2 und die wirtschaftliche Vereinigung 10 Sitze. Das bisherige Stadtverordnetenkollegium zählte 5 Wehrsozialisten, 7 Unabhängige, 10 Demokraten und 8 Unbürgerliche (die jetzt der Wirtschaftlichen Vereinigung entsprechen). Von ungefähr 12 000 Wählern haben ungefähr 8 000 von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht. Die Wahlbeteiligung beträgt also etwa 60 Prozent.

Sebitz. Die rund 800 Arbeiter der Bleisägen Fabrik sind in den Streik getreten, weil die Direktion am Anfang einen Paragraphen der neuen Betriebsordnung veröffentlicht, der aber vorher vom Betriebsrat selbst genehmigt worden war und teilweise bereits Gültigkeit hat. Der Betriebsrat, der den betreffenden Paragraphen selbst genehmigt und rechtskräftig gemacht hat, schloß sich dem Vorgehen der Ausschüssigen an und verlangte sofortige Beilegung des Anlasses, hat die Arbeiterschaft pflichtgemäß über die Berechtigung des Ausschusses zu belehren. Schmorlau bei Königsbrunn. Dem Wirtschaftsbeihilfer Ernst Grubner wurde seiner Nebenbuhlerin zuteil, indem seine Frau in der staatlichen Frauenklinik von lebenden Drillingen, und zwar drei Knaben im Gewicht von 1800, 2280 und 2240 Gramm, entbunden wurde. Mutter und Kinder befinden sich wohl.

Hartmannsdorf. Der Gemeinderat beschloß die Einführung der Totenbestattung auf Gemeindefeldern ab 1. April.

Limbach. Für 110 000 Mark Goldwaren hatte der Uhrmachergeselle Sauerberg in Mieslischen Goldwarengeschäft gehandelt und dann vergraben. Der Polizei gelang die Ermittlung des Täters, der verhaftet wurde.

Marientberg. Die Stadt Marientberg kann am 29. April d. J. auf ein 400-jähriges Bestehen zurückblicken. Das Stadtjubiläum soll mit Rücksicht auf die Unbeständigkeit der Witterung vom 9. bis 11. Juli durch feierliche Veranstaltungen begangen werden.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordnetenwahlen in Hohenstein-Ernstthal ergaben einen Erfolg der bürgerlichen Parteien, die sich auf eine gemeinsame Liste geeinigt hatten. Es erhielten bei sehr schwacher Wahlbeteiligung (51,08 Proz.) die Liste der Bürgerpartei 2496, die Kommunisten 1440, die Wehrsozialisten 1240, die Unabhängigen 124 Stimmen. Die Verteilung der Mandate ergibt 12 bürgerliche und je 6 kommunistische und 6 wehrsozialistische Sitze, während die Unabhängigen leer ausgingen. Bisher standen 17 Sozialisten 7 Bürgerlichen gegenüber.

Deisnau. Als 55. Opfer des Bergwerkunglücks starb hier der Bergarbeiter Johannes Erich Schaarwaidt an den Folgen der erlittenen Verletzungen.

Leipzig. Wie gemeldet wird, hat die Allgemeine Deutsche Creditanstalt für die Hinterbliebenen der bedauernswerten Opfer des Unglücks, das die Gewerkschaft Deutschland durch schlagende Wetter auf dem Friedenschicht betroffen hat, und für die Verletzten den beteiligten Kreisbauernschaften die Summe von 50 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Leipzig. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, eine große Eisenbahnbesetzungsfeststellung unschädlich zu machen, die auf dem Waggendurg-Lüdingen Bahnhof Waggengüter stahlen. Der durch die Verbrecher verurteilte Schaden ist sehr groß und wird wahrscheinlich in die Hunderttausende gehen. Es sind bisher 14 Hauptbeteiligte, darunter acht Witterbodenarbeiter und ein Oberbahnassistent der Staatsanwaltschaft angeklagt worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 1. Februar 1921.

Weldungen aus Berliner Morgenblättern.

X Duisburg. Von den auf der Bebe Westend beschlagnahmten Vergewaltigern sind vier von der Rettungsmannschaft lebend und unverletzt geborgen worden, nachdem sie 48 Stunden eingeschlossen gewesen waren. Es werden noch vier Verzeigte ermittelt, von denen man glaubt, daß sie